

Brüssel, den 21.12.2018  
C(2018) 9184 final

**MITTEILUNG AN DIE KOMMISSION**

**ÜBER DIE VERÖFFENTLICHUNG VON INFORMATIONEN BETREFFEND DIE  
BERUFLICHE TÄTIGKEIT VON HÖHEREN FÜHRUNGSKRÄFTEN NACH  
IHREM AUSSCHEIDEN AUS DEM DIENST (ARTIKEL 16 ABSATZ 4 DES  
STATUTS)**

## **MITTEILUNG AN DIE KOMMISSION**

### **ÜBER DIE VERÖFFENTLICHUNG VON INFORMATIONEN BETREFFEND DIE BERUFLICHE TÄTIGKEIT VON HÖHEREN FÜHRUNGSKRÄFTEN NACH IHREM AUSSCHEIDEN AUS DEM DIENST (ARTIKEL 16 ABSATZ 4 DES STATUTS)**

#### **Jahresbericht 2018**

Auf der Grundlage von Artikel 16 des Statuts<sup>1</sup> sind Beamte nach dem Ausscheiden aus dem Dienst verpflichtet, bei der Annahme gewisser Tätigkeiten oder Vorteile ehrenhaft und zurückhaltend zu sein. Ehemalige Beamte, die beabsichtigen, vor Ablauf von zwei Jahren nach ihrem Ausscheiden aus dem Dienst eine berufliche Tätigkeit aufzunehmen, müssen ihr Organ hiervon in Kenntnis setzen, damit das Organ diesbezüglich eine angemessene Entscheidung treffen und erforderlichenfalls eine Tätigkeit untersagen oder die Zustimmung mit angemessenen Auflagen erteilen kann.

Nach Artikel 16 Absatz 3 des Statuts verbietet die Anstellungsbehörde ehemaligen höheren Führungskräften in den 12 Monaten nach dem Ausscheiden aus dem Dienst grundsätzlich, im Bereich des Lobbying oder der Beratung in Bezug auf das Personal ihres früheren Organs für ihre Unternehmen, Kunden oder Arbeitgeber in Angelegenheiten aktiv zu werden, in denen sie in den letzten drei Jahren ihrer Dienstzeit tätig waren.

Nach Artikel 16 Absatz 4 des Statuts veröffentlichen alle Organe nach Maßgabe der einschlägigen Datenschutzvorschriften<sup>2</sup> jährlich Informationen über die Umsetzung des Absatzes 3, einschließlich einer Liste der geprüften Fälle.

Nachstehend erläutert die Kommission die von ihr zugrunde gelegten Kriterien, mit denen sie die Erfüllung ihrer Verpflichtung gewährleisten will, und legt ihre Analyse vor. Im Anhang zu dieser Mitteilung fasst die Kommission ihre Verfügungen zusammen, die sie gemäß dieser Bestimmung erlassen hat.

Die Kommission stützt sich dabei auf ihre Verpflichtung nach Artikel 16 Absatz 4 des Statuts in Verbindung mit den einschlägigen Datenschutzvorschriften<sup>3</sup>.

---

<sup>1</sup> Zuletzt geändert durch die Verordnung (EU, Euratom) Nr. 1023/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Oktober 2013 (ABl. L 287 vom 29.10.2013, S. 15).

<sup>2</sup> Verordnung (EU) 2018/1725 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2018 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten durch die Organe, Einrichtungen und sonstigen Stellen der Union, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 45/2001 und des Beschlusses Nr. 1247/2002/EG.

<sup>3</sup> Verordnung (EU) 2018/1725 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2018 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten durch die Organe, Einrichtungen und sonstigen Stellen der Union, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 45/2001 und des Beschlusses Nr. 1247/2002/EG.

## **Die Kriterien für die Anwendung von Artikel 16 Absatz 3 des Statuts**

### Definition von höheren Führungskräften

Im Einklang mit Artikel 16 Absatz 3 des Statuts sind folgende Personalkategorien betroffen:

- Generaldirektoren oder stellvertretende Generaldirektoren (einschließlich Beamte, die gemäß Artikel 7 Absatz 2 des Statuts vorübergehend mit der Verwaltung solcher Dienstposten betraut wurden) und Sonderberater, die eine dieser Funktionen während der letzten drei Jahre vor dem Ausscheiden aus dem Dienst wahrgenommen haben
- Direktoren (einschließlich Beamte, die gemäß Artikel 7 Absatz 2 des Statuts vorübergehend mit der Verwaltung eines solchen Dienstpostens betraut wurden) und Hauptberater, die eine dieser Funktionen während der letzten drei Jahre vor dem Ausscheiden aus dem Dienst wahrgenommen haben
- Kabinettschefs, die diese Funktion während der letzten drei Jahre vor dem Ausscheiden aus dem Dienst wahrgenommen haben

### Entscheidungsfindung im Falle des Artikels 16 Absatz 3 des Statuts

Mitteilungen ehemaliger Führungskräfte über eine geplante Tätigkeit werden so behandelt wie entsprechende Mitteilungen aller Personalkategorien. Als Adressat der Mitteilung holt die Generaldirektion Humanressourcen und Sicherheit die Standpunkte der ehemaligen Dienststelle(n), in der/denen der ehemalige Beamte während der letzten drei Jahre seiner Dienstzeit beschäftigt war, des jeweiligen Kabinetts, des Generalsekretariats, des Juristischen Dienstes und des Gemeinsamen Ausschusses ein. Auf der Grundlage dieser Standpunkte trifft die Anstellungsbehörde die endgültige Entscheidung.

### Die betroffenen beruflichen Tätigkeiten

Bei den Tätigkeiten nach Artikel 16 Absatz 3 des Statuts handelt es sich um Tätigkeiten im Bereich des Lobbying oder der Beratung in Bezug auf das Personal des früheren Organs der ehemaligen höheren Führungskraft für ihre Unternehmen, Kunden oder Arbeitgeber in Angelegenheiten, in denen sie in den letzten drei Jahren ihrer Dienstzeit tätig war. Diese Tätigkeiten werden von der Anstellungsbehörde in den 12 Monaten nach dem Ausscheiden aus dem Dienst grundsätzlich verboten.

Die Kommission beschränkte ihre Analyse nicht auf geplante Tätigkeiten, deren alleiniger Zweck oder Hauptgegenstand Lobbying oder Beratung waren. Bestimmte Mitteilungen betrafen Tätigkeiten, die – obgleich Lobbying oder Beratung zum Zeitpunkt der Mitteilung ausgeschlossen waren – aufgrund ihrer Art tatsächlich oder potenziell Lobbying oder Beratung im Sinne von Artikel 16 Absatz 3 des Statuts beinhalten oder dazu führen. In solchen Fällen dehnte die Kommission die Analyse aus, um diesen Möglichkeiten Rechnung zu tragen und die mitgeteilte Tätigkeit im Rahmen von Artikel 16 Absatz 3 des Statuts zu bewerten.

Die Kommission stellt darüber hinaus klar, dass die vorliegenden Informationen Tätigkeiten betreffen, die mitgeteilt und tatsächlich ausgeübt wurden. Im Einklang mit den geltenden gesetzlichen Bestimmungen umfassen diese Informationen keine eingegangenen

Mitteilungen, die Tätigkeiten betreffen, die aufgrund ihrer Art kein Lobbying oder keine Beratung beinhalten oder dazu führen könnten.

Die vorliegende Mitteilung ist die vierte Jahresinformation der Kommission über die Umsetzung von Artikel 16 Absatz 4 des Statuts.

### Zahl der betroffenen Tätigkeiten

In Anbetracht der Tatsache, dass sich eine Mitteilung auf verschiedene Tätigkeiten beziehen und eine Verfügung verschiedene Tätigkeiten betreffen kann, werden die vorliegenden Informationen gestaffelt nach geprüften Tätigkeiten präsentiert, um einen umfassenden Überblick zu geben.

### **Analyse**

Die vorliegenden Informationen umfassen die Fälle, in denen die Anstellungsbehörde im Jahr 2017 gemäß Artikel 16 Absatz 3 des Statuts eine Verfügung erlassen hat.

Die Kommission erhielt keine einzige Mitteilung über Tätigkeiten, deren alleiniger oder wesentlicher Zweck Lobbying oder Beratung war. Somit gab es auch keine entsprechende Verfügung der Anstellungsbehörde.

Allerdings erhielt die Kommission Mitteilungen zu fünf geplanten Tätigkeiten, die – obgleich Lobbying oder Beratung zum Zeitpunkt der Mitteilung ausgeschlossen waren – aufgrund ihrer Art in Bezug auf zukünftige Situationen tatsächlich oder potenziell Lobbying oder Beratung im Sinne von Artikel 16 Absatz 3 des Statuts beinhalten oder dazu führen könnten. Die Anstellungsbehörde hielt es daher für zweckmäßig, diese besonderen Tätigkeiten wie vorstehend erläutert im Rahmen von Artikel 16 Absatz 3 des Statuts zu bewerten. Dies hat die Anstellungsbehörde dazu veranlasst, in einer bedingten Zustimmung ein Lobbying- oder Beratungsverbot zu verhängen. In anderen Fällen ermahnte die Anstellungsbehörde die ehemaligen höheren Führungskräfte, die Vorschriften nach Artikel 16 Absatz 3 des Statuts künftig zu beachten.

Die fünf Verfügungen, die im Jahr 2017 im Einklang mit Artikel 16 Absatz 3 des Statuts getroffen wurden, werden nachstehend zusammengefasst.

## **Zusammenfassung der einschlägigen Verfügungen der Anstellungsbehörde im Jahr 2017:**

Ausscheiden aus dem Dienst: 31. August 2017

---

### **BETROFFENE PERSON**

Herr Detlef ECKERT

Ehemaliger Direktor in der GD EMPL

---

### **NEUE TÄTIGKEIT**

Leitender Berater von Huawei Technologies Ltd in Brüssel (Belgien)

---

### **VERFÜGUNG**

Herr Eckert beantragte die Genehmigung, als leitender Berater von Huawei Technologies Ltd in Brüssel (Belgien) tätig zu werden.

Die Anstellungsbehörde hat Herrn Eckert die Zustimmung erteilt, diese Tätigkeit unter folgenden Bedingungen auszuüben:

- Als ehemalige höhere Führungskraft darf Herr Eckert nach Artikel 16 Absatz 3 des Statuts in den 12 Monaten nach dem Ausscheiden aus dem Dienst keine Lobby- oder Beratungstätigkeiten gegenüber Kommissionspersonal ausüben in Angelegenheiten, für die er in den letzten drei Dienstjahren zuständig war.
- Herr Eckert sollte zudem deutlich machen, dass er diese Tätigkeit seit dem Ausscheiden aus dem Dienst bei der Kommission in seiner persönlichen Eigenschaft ausübt und keinesfalls die Interessen oder Standpunkte der Kommission vertritt.
- Herr Eckert soll sich außerdem jeder nicht genehmigten Verbreitung von Informationen, in deren Kenntnis er im Rahmen seiner früheren dienstlichen Tätigkeit gelangt ist, enthalten – es sei denn, diese Informationen sind bereits veröffentlicht oder der Öffentlichkeit zugänglich (Artikel 17 des Statuts). In diesem Zusammenhang soll sich Herr Eckert der Verwertung vertraulicher politischer oder strategischer Informationen enthalten, in deren Kenntnis er möglicherweise im Rahmen seiner dienstlichen Tätigkeit gelangt ist und die noch nicht veröffentlicht oder der Öffentlichkeit nicht zugänglich sind.

Herr Eckert wurde überdies auf die geltenden Bestimmungen des Statuts hingewiesen.

## **BETROFFENE PERSON**

Herr Karl-Friedrich FALKENBERG

Ehemaliger leitender Berater des EPSC

Ehemaliger Generaldirektor der GD ENV

---

## **NEUE TÄTIGKEIT**

Teilnahme als Mitglied des unabhängigen Beirats zur nachhaltigen Entwicklung von „European Aluminium“ (Brüssel, Belgien) an zwei Beiratssitzungen pro Jahr.

---

## **VERFÜGUNG**

Herr Falkenberg beantragte die Genehmigung, als Mitglied des unabhängigen Beirats zur nachhaltigen Entwicklung von „European Aluminium“ (Brüssel, Belgien) an zwei Beiratssitzungen pro Jahr teilzunehmen.

Die Anstellungsbehörde hat Herrn Falkenberg die Zustimmung erteilt, diese Tätigkeit unter folgenden Bedingungen auszuüben:

- Als ehemalige höhere Führungskraft darf Herr Falkenberg nach Artikel 16 Absatz 3 des Statuts in den 12 Monaten nach dem Ausscheiden aus dem Dienst keine Lobby- oder Beratungstätigkeiten gegenüber Kommissionspersonal ausüben in Angelegenheiten, für die er in den letzten drei Dienstjahren zuständig war.
- Darüber hinaus soll Herr Falkenberg gegenüber seinen Gesprächspartnern deutlich machen, dass er diese Tätigkeit in seiner persönlichen Eigenschaft ausübt und keinesfalls den Standpunkt oder die Interessen der Kommission vertritt.
- Herr Falkenberg soll sich außerdem jeder nicht genehmigten Verbreitung von Informationen, in deren Kenntnis er im Rahmen seiner früheren dienstlichen Tätigkeit gelangt ist, enthalten – es sei denn, diese Informationen sind bereits veröffentlicht oder der Öffentlichkeit zugänglich (Artikel 17 des Statuts).

Herr Falkenberg wurde überdies auf die geltenden Bestimmungen des Statuts hingewiesen.

## **BETROFFENE PERSON**

Herr Jonathan FAULL

Ehemaliger Generaldirektor im Generalsekretariat

Ehemaliger Generaldirektor der GD FISMA

---

## **NEUE TÄTIGKEIT**

Alleiniger Anteilseigner und Geschäftsführer von „Faull Consulting SPRL“

---

## **VERFÜGUNG**

Herr Faull beantragte die Genehmigung, als alleiniger Anteilseigner und Geschäftsführer von „Faull Consulting SPRL“ tätig zu werden.

Die Anstellungsbehörde hat Herrn Faull ihre Zustimmung erteilt, diese Tätigkeit unter bestimmten Bedingungen auszuüben. Sie hat ihn jedoch ausdrücklich aufgefordert, die Kommission unter Verwendung eines speziellen Formulars nach Artikel 16 des Statuts davon in Kenntnis zu setzen, wann er vor Ablauf von zwei Jahren nach dem Ausscheiden aus dem Dienst beabsichtigt, eine bestimmte Tätigkeit oder eine bestimmte Kategorie von Tätigkeiten im Rahmen von „Faull Consulting SPRL“ aufzunehmen.

Darüber hinaus wurden folgende Auflagen für diese Tätigkeit festgelegt:

- Als ehemalige höhere Führungskraft darf er nach Artikel 16 Absatz 3 des Statuts in den 18 Monaten nach dem Ausscheiden aus dem Dienst keine Lobby- oder Beratungstätigkeiten gegenüber Kommissionspersonal ausüben in Angelegenheiten, für die er in den letzten drei Dienstjahren als Generaldirektor im Generalsekretariat und bei der GD FISMA zuständig war oder die einen sonstigen Bezug zu den Tätigkeiten der Kommission aufweisen.
- Herr Faull soll überdies in den 2 Jahren nach dem Eintritt in den Ruhestand davon absehen, für seine Kunden berufliche Kontakte mit ehemaligen Kollegen im Generalsekretariat und der GD FISMA zu unterhalten.
- Darüber hinaus soll Herr Faull gegenüber seinen Gesprächspartnern deutlich machen, dass er diese Tätigkeit in seiner persönlichen Eigenschaft ausübt und keinesfalls den Standpunkt oder die Interessen der Kommission vertritt.
- Herr Faull soll sich jeder nicht genehmigten Verbreitung von Informationen, in deren Kenntnis er im Rahmen seiner früheren dienstlichen Tätigkeit gelangt ist, enthalten, es sei denn, diese Informationen sind bereits veröffentlicht oder der Öffentlichkeit zugänglich (Artikel 17 des Statuts).

Herr Faull wurde überdies auf die geltenden Bestimmungen des Statuts hingewiesen.

## **BETROFFENE PERSON**

Herr Jonathan FAULL

Ehemaliger Generaldirektor im Generalsekretariat

Ehemaliger Generaldirektor der GD FISMA

---

## **NEUE TÄTIGKEIT**

Vorsitzender des Bereichs „Public Affairs – Europe“ der Brunswick Group und Partner der Brunswick Group in deren Brüsseler Lobbybüro

---

## **VERFÜGUNG**

Herr Faull beantragte die Genehmigung, über sein Unternehmen „Faull Consulting SPRL“ als Vorsitzender des Bereichs „Public Affairs – Europe“ der Brunswick Group und als Partner der Brunswick Group in deren Brüsseler Lobbybüro tätig zu werden.

Die Anstellungsbehörde hat Herrn Faull ihre Zustimmung erteilt, diese Tätigkeit unter den Bedingungen auszuüben, die für seine Tätigkeit als alleiniger Anteilseigner und Geschäftsführer von „Faull Consulting SPRL“ gelten, da er seine Dienstleistungen über sein Unternehmen erbringen würde und besagte Bedingungen somit vollumfänglich Anwendung fänden.

Darüber hinaus hat die Anstellungsbehörde folgende zusätzliche Einschränkungen auferlegt:

- Herr Faull darf in den 18 Monaten nach dem Ausscheiden aus dem Dienst Kunden nicht zu spezifischen Dossiers beraten, für die er während des Dienstes verantwortlich war.
- Er darf in den 24 Monaten nach dem Ausscheiden aus dem Dienst keine Beiträge zu Tätigkeiten von Brunswick noch zu Kundenakten bei Brunswick leisten, die mit der Führung von Verhandlungen nach Artikel 50 EUV in direktem Zusammenhang stehen. Hierzu kann beispielsweise auch die Beratung der Brunswick Group oder ihrer Kunden im Zusammenhang mit der Ausarbeitung von Stellungnahmen, Empfehlungen, Studien, Positionspapieren und Beschlüssen gehören, die für die Führung von Verhandlungen nach Artikel 50 EUV konzipiert wurden oder in deren Rahmen eingesetzt werden sollen.
- Herr Faull sollte überdies deutlich machen, dass das Ergebnis seiner Tätigkeit (z. B. Beratung, Positionspapiere, Stellungnahmen) nicht im Rahmen der Verhandlungen gemäß Artikel 50 EUV verwendet werden darf.



## **BETROFFENE PERSON**

Herr Jonathan FAULL

Ehemaliger Generaldirektor im Generalsekretariat

Ehemaliger Generaldirektor der GD FISMA

---

## **NEUE TÄTIGKEIT**

Berater der „Caisse de dépôt et placement du Québec“ (Kanada)

---

## **VERFÜGUNG**

Herr Faull beantragte die Genehmigung, als Berater der „Caisse de dépôt et placement du Québec“ (Kanada) tätig zu sein.

Die Anstellungsbehörde hat Herrn Faull die Zustimmung erteilt, diese Tätigkeit unter folgenden Bedingungen auszuüben:

- Als ehemalige höhere Führungskraft darf Herr Faull nach Artikel 16 Absatz 3 des Statuts in den 18 Monaten nach dem Ausscheiden aus dem Dienst keine Lobby- oder Beratungstätigkeiten gegenüber Kommissionspersonal ausüben in Angelegenheiten, für die er in den letzten drei Dienstjahren als Generaldirektor im Generalsekretariat und bei der GD FISMA zuständig war oder die einen sonstigen Bezug zu den Tätigkeiten der Kommission aufweisen.
- Herr Faull soll sich zudem in den 24 Monaten nach dem Ausscheiden aus dem Dienst im Rahmen seiner Tätigkeit für die „Caisse de dépôt et placement du Québec“ beruflicher Kontakte mit seinen ehemaligen Kollegen im Generalsekretariat und in der GD FISMA enthalten.
- Darüber hinaus soll sich Herr Faull jeder nicht genehmigten Verbreitung von Informationen, in deren Kenntnis er im Rahmen seiner früheren dienstlichen Tätigkeit bei der Kommission gelangt ist, enthalten, es sei denn, diese Informationen sind bereits veröffentlicht oder der Öffentlichkeit zugänglich (Artikel 17 des Statuts). In diesem Zusammenhang hat er sich auch der Verwertung vertraulicher Informationen zu politischen, strategischen oder internen Vorgängen, in deren Kenntnis er möglicherweise im Rahmen seiner dienstlichen Tätigkeit gelangt ist und die noch nicht veröffentlicht oder der Öffentlichkeit nicht zugänglich sind, zu enthalten.

Herr Faull wurde überdies auf die geltenden Bestimmungen des Statuts hingewiesen.